ABGEORDNETENMAGAZIN KW46/25

Wos Ascheits





Weitere Themen:

Titelthema: Fremd im eigenen Land

Aktuelle
Nachrichten

Sitzungswochen-Rückblick 12 Aus dem Wahlkreis & Bayern



Liebe Freunde,

vergangene Woche schloss sich eine zweite Sitzungswoche in Folge direkt an die vorherige an, ich fuhr daher nach meinem Abstecher zur Consumenta in Bayern, wo ich den Petitionsausschuss des Bundestages vertrat, direkt wieder nach Berlin zurück. Was im Bundestag los war, berichte ich euch ab Seite 6.

Meine Zeit in Berlin war dieses Mal etwas kürzer als üblich, denn ich fuhr bereits am Donnerstag zurück nach Weiden, um den wichtigen Vortrag von Dr. Klaus Lang zum Thema "Unser Gesundheitssystem ist bankrott" nicht zu verpassen.

Die frühere Abreise hat sich gelohnt: er benannte nicht nur ohne Scheuklappen Ursachen der Probleme, sondern präsentierte auch Lösungen. Impressionen findet ihr ab Seite 12.

Das und mehr lest ihr auf den folgenden Seiten! Viel Spaß & Erkenntnis beim Lesen!



Christian-Seltmann-Str. 21 92637 Weiden Tel. 0961 40 17 56 94

manfred.schiller.wk@bundestag.de

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da!

Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, und freut sich auf euren Besuch.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt:

Di.: 8.00 - 17.00 Uhr

Mi.: 8.00 - 12.00 & 13.00 - 17.00 Uhr

Do.: 11.00 - 20.00 Uhr

Jeden **Donnerstag** findet ab **18.**00 Uhr ein **Bürgerstammtisch** statt.





Bayern: 1209 Klassen mit 100% Migrationsanteil

Es sind erschreckende Zahlen aus Bayern:

- in 1209 Klassen beträgt der Migrationsanteil 100%
- in 13290 Klassen lag der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund bei über 50%

Deutsche Kinder sind an bayerischen Schulklassen zunehmend die Minderheit!

Diese Zahlen gehen aus einer Anfrage des **AfD-Landtagsabgeordneten Markus Walbrunn** hervor, die ihr unter folgendem Link herunterladen könnt: <u>Anfrage Markus Walbrunn</u>

Die Söder-Regierung setzt nach eigenen Angaben auf "Integration statt Separation" - doch wie soll das gelingen, wenn man nicht einmal mehr eine **gemeinsame Sprache** spricht? Dementsprechend sind vielerorts Konflikte & Gewalt an der Tagesordnung, unsere Kinder werden zu Fremden in der eigenen Heimat.

Und da wir in Bayern (bislang) mit einem Migrantenanteil von rund 27% noch deutlich hinter Ländern wie NRW (33,5%) oder BW (ca. 31%) liegen, dürfte die Situation in diesen Bundesländern sogar noch drastischer sein.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache:

Die Politik der unbegrenzten Zuwanderung ist gescheitert.

Großbritannien: Die grüne Blaupause für Deutschland?

Nichts ist dem Staat mehr heilig: Stromer werden künftig identisch zur Kasse gebeten, wie Verbrenner.

In Großbritannien ist es so weit. Das Staatsdefizit von über 100 Prozent des BIP (Deutschland bislang noch etwa 60 Prozent) und die explodierenden Sozialkosten machen die Regierung erfinderisch.

Die Elektromobilität wurde bislang mit vier Milliarden Pfund für Ladeinfrastruktur und Kaufprämien gefördert. Jetzt spricht man von Gleichheit und Gerechtigkeit, alle sollen zur Kasse gebeten werden, ohne Ausnahme. In Zukunft sollen also Elektroautofahrer 3 Pence pro Meile bezahlen und zwar als Schätzung im Voraus für das Jahr. Auch für Hybridfahrzeuge soll bezahlt werden, wenn auch etwas weniger.

Die Steuerbefreiung für die "Elektrosmog-Käfige" wurde zuvor schon abgeschafft.



GB ist ein Vorgeschmack dessen, was uns auch in Deutschland erwartet.

Hat man da noch Töne? Auf Deutsch würde man sagen: die Regierungen sind nichts anderes als Nepper, Schlepper, Bauernfänger.



Weil die Kassen vieler Kommunen leer sind, da sie die meisten Kosten für Asylmigranten übernehmen, wie z.B. Unterkunft, Verpflegung, Beschulung & Gesundheit, fehlt das Geld für unsere traditionellen Feste.

Unsere Weihnachtsmärkte können mittlerweile nur noch geschützt stattfinden, die entstehenden Sicherheitskosten kann sich niemand mehr leisten.

Auch in Weiden steht der Christkindlmarkt vor der Tür, und es wird darüber diskutiert, wie man Großveranstaltungen künftig besser schützen kann, die schreckliche Tat von Magdeburg hat gem. Onetz "manche Stadt & Gemeinde wachgerüttelt".

Versenkbare Poller? Der "Königsweg", wie es heißt, die Stadtverwaltung hadert aber mit den zu erwartenden Kosten.

Bis die Stadt über ein dauerhaftes Sicherheitskonzept entscheidet, wird sich mit einer "Übergangslösung" geholfen: die Zufahrten werden durch schwere Betonpoller & ehrenamtliche THW-Helfer gesichert, die ihre Freizeit opfern müssen, damit niemand in den Weihnachtsmarkt rasen kann.

130 Todesopfer und 350 Verletzte

Wir gedenken: 10 Jahre Bataclan

Am 13. November vor 10 Jahren wurde Frankreich von einem islamistischen Terroranschlag im Herzen von Paris erschüttert.

Im kollektiven Gedächtnis hat sich hierbei v.a. das Blutbad in der Konzerthalle "Bataclan" eingebrannt, tatsächlich spielten sich an mehreren Orten der Metropole Horrorszenarien ab, am Ende zählte man 130 Todesopfer und 350 Verletzte.

Seither erleben wir in Europa immer wieder schreckliche Attentate, insbesondere von islamistischen Einzeltätern.

Laut Medienberichten sei Deutschland mit Blick auf die Bedrohungsstufe auf Platz 2 in Europa gerückt.

Der Verfassungsschutz schätzt die Terrorgefahr durch Dschihadisten als sehr hoch ein - sie ist eine ständige Bedrohung unseres Lebens & Friedens.

Wir stehen uneingeschränkt zum Recht auf Religionsfreiheit - solange die Ausübung im Einklang mit unseren freiheitlich-demokratischen Grundsätzen erfolgt. Beim radikalen Islamismus muss eine Null-Toleranz-Politik gelten!







Sitzungswochen-Protokoll KW 46

Die neue Sitzungswoche begann mit einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses in welcher drei Petitionen behandelt wurden, bei welchen allerdings nicht ich der Berichterstatter war, sondern AK-Kollegen.



Ein regelmäßiger Anblick: In meinem Büro, vor mir liegt ein Stapel zu bearbeitender Petitionen

Danach folgte wieder die Vorbesprechung der Arbeits-

kreis-Sitzung mit meinem Team und gleich im Anschluss leitete ich die Arbeitskreissitzung mit dieses Mal 9 anwesenden MdB-Kollegen und den AK-Referenten.

Wir behandelten 30 Petitionen, die dann am Mittwoch im Ausschuss abgearbeitet werden.

Abends hatte ich noch eine längere **Telefonkonferenz** mit den Kollegen des Landesvorstands.

Am **Dienstagmorgen** folgte die übliche Sitzung des Arbeitskreis Wirtschaft und Energie.

Hier wieder ein Einblick in die Arbeitsweise von Arbeitskreis und Ausschuss:

Ein Tagesordnungspunkt (TOP) war die Beratung über alle Voten der Vorlagen der Ausschusssitzung. Nach der ersten Lesung einer Initiative (Antrag, Gesetzesantrag, oder -änderungsantrag) erfolgt die "Bera-

Für alle **unsere eigenen Vorlagen** stimmen wir natürlich mit ja, was zuvor im Arbeitskreis festgelegt wurde.

tung" im Ausschuss.

In dieser Woche wurden z.B. folgende AfD-Anträge im Ausschuss Wirtschaft und Energie "beraten":

- Dr.-Nr 21/227 Kein Heizungsgesetz durch die Hintertür – CO2-Bepreisung abschaffen! (Ja von uns)
- Dr. 21/1554 Kommunalen Kollaps verhindern -Gemeindefreiheit stärken (Ja von uns)

Ein Oberpfälzer in Berlin

Oder:

 Dr.-Nr. 21/2086 Bürger, Mittelstand und Industrie entlasten - Stromsteuer für alle dauerhaft auf europäisches Mindestmaß absenken (Ja von uns)

Status Quo bei der **Stromsteuer**:

Produzierendes Gewerbe, die Land- und Forstwirtschaft sowie Betreiber von Blockheizkraftwerken

zahlen nur das EU-Minimum von 0,05 Ct/KWh. Mit aktueller Gesetzesvorlage 21/1866 (Änderung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuerund des Stromsteuergesetzes) will die Bundesregierung diese Ermäßigung auch über das Ende 2025 hinaus verstetigen, soweit so gut.



Auf dem Weg zum Reichstagsgebäude bei schönstem Herbstwetter in

Konsumenten und Firmen, die nicht unter die Kriterien der Begünstigung fallen, zahlen

aber weiterhin das Vierzigfache, nämlich 2,05 Ct. Der Regierungsantrag war in erster Lesung bereits im Plenum, unser Antrag, der am Donnerstag parallel zum Gesetzesvorhaben im Plenum abgestimmt wurde (mit Beantragung einer namentlichen Abstimmung) hatte zuvor im Ausschuss am Mittwoch von uns ein Ja, aber von der Mehrheit dieser unserer "demokratischen" Fraktionen eine ablehnende sog. "Beschlussempfehlung" erhalten.

Mit anderen Worten: gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses stimmte der "Bundestag" am Donnerstag für die Verstetigung der reduzierten Stromsteuer für das Gewerbe, aber in der namentlichen Abstimmung gegen unseren erweiterten Antrag, die Stromsteuer für alle zu senken.

Wer macht Politik für die Bürger? **Nur die AfD!**

Nach dem **AK Wirtschaft** am **Dienstag** folgte die **Arbeitskreisleiter-Sitzung**, deren Inhalt ich schon mal an anderer Stelle erklärt habe, dann folgte die **Fraktionssitzung** und am Abend wieder die **Sitzung der Obleute** im

Petitionsausschuss.

Wie Ihr mitbekommen habt, gibt es aktuell einen **kleinen Dissens** in der **Fraktionsführung**, ob **MdB**, die gute Kontakte nach **Russland** wünschen, oder haben, **Reisen** dorthin oder in andere **sensible Regionen** unternehmen sollen – bzw. **wer** letztendlich darüber **entscheidet**. Wie steht Ihr dazu?

Allerdings hatte das Thema der **Konferenz in Sotschi nichts** mit Russland-Politik zu tun, sondern es handelte

sich um eine BRICS-Konferenz.

Am **Mittwoch** um 8 Uhr fand der obligatorische **Ausschuss Petitionen** statt, hier wurden die zuvor im **Arbeitskreis** besprochenen Petitionen abgearbeitet.

Anschließend folgte die Sitzung des Ausschuss Wirtschaft und Energie.

Und soviel gleich vorweg: auch hier wird man **beschimpft**, überwiegend von der **linken Seite**, die wieder

einmal ihre Kinderstube offenbarte. **Mirze Edis** wörtlich: **wir sollen unser braunes Maul halten**.

Liebe Freunde, für diesen Ausschuss braucht es wirklich einen langen Atem. Zum Beispiel wurde ein Antrag der Bundesregierung (eigentlich federführend Finanzausschuss, Wirtschaft nur mitberatend) aufgearbeitet und es wurde über die bereits erfolgte Anhörung gesprochen

Thema: Einführung einer globalen Mindeststeuer.

Der "Gesetzentwurf zur Anpassung des Mindeststeuergesetzes und zur Umsetzung weiterer Maßnahmen" (21/1865) sorgte in der Anhörung bereits für eine geteilte Meinung. Mit dem Gesetz werden Verwaltungsleitlinien der Industrieländerorganisation OECD zur globalen Mindestbesteuerung von Unternehmen in deutsches Recht umgesetzt, es gilt für Unternehmen ab mind. 750 Mio. Umsatz. Die 2. Und 3. Lesung erfolgte ebenfalls am Donnerstag im Plenum.

Der Gesetzesantrag wurde angenommen, die AfD lehnte allerdings ab, denn die globale Mindeststeuer ist nicht global, sondern schafft für die deutsche Wirt-

Ein Oberpfälzer in Berlin



schaft mal wieder Wettbewerbsnachteile.

Am **Mittwochnachmittag** nahm ich als **stellv. Mitglied** an der Anhörung des "**Ausschuss Tourismus**" teil, hierbei ging es wieder einmal um das "Gold des Digitalzeitalters", nämlich den **Datenaustausch**.

Die EU-Verordnung 2024/1028 "über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften", die quasi automatisch in allen EU-Ländern gilt, sieht vor, ob und wie entsprechende Plattformen den nationalen Behörden Daten zur Verfügung stellen müssen.

Den Rest könnt ihr euch denken.

Gleich anschließend nahm ich an der Sitzung des Ausschusses "Tourismus" teil. Das Thema lautete: Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Studie des Umweltbundesamtes (UBA) "Nachhaltigkeit bei Urlaubsreisen" und damit verbundene Schlussfolgerungen für die deutsche Tourismuspolitik.

Am **Mittwoch** bestimmte die **AfD** das **Thema der Aktuellen Stunde**. Wir legten den Finger in die "Wunde" **Wolfram Weimer**. Der **Skandal-Staatsminister** für Kultur hat wirklich mehr als Dreck am Stecken, als man glaubt.

Nicht nur, dass er für sein online-Portal **geistiges Eigentum** vieler "Autoren" einfach **klaute** und hierfür bereits **Unterlassungserklärungen unterschreiben** musste – die Unterlassung für **Alice Weidel** ist rechtskräftig. Nein, er kassierte auch **staatliche Förderung** für seine **Unternehmensgruppe**, für die er zumindest noch im-

mer als anteiliger Eigentümer zeichnet.

Gleichzeitig will er große Digitalkonzerne zur Kasse bitten, weil sie bislang kostenlos geistiges Eigentum über sog. Large-Language-Models (z.B. ChatGPT) abgreifen. Ich habe bereits in der letzten Woche über den "Grüninnen"-Antrag 21/2247 berichtet.

Wichtig war am Mittwoch auch unser Antrag "Staatliche Finanzierung der Amadeu Antonio Stiftung aus Bundesmitteln beenden" 21/2709 in erster Lesung, der dem AfD-Bashing nun Stück für Stück ein Ende bereiten soll. Wie selten dumm stellte der TAGESSPIEGEL in seiner Kommentierung zum Antrag am 14.11. fest: "Die Stiftung habe schon "sehr früh und sehr klar herausgearbeitet", was der Verfassungsschutz erst in diesem Jahr bestätigt habe – nämlich, "dass es sich bei der AfD um eine gesichert rechtsextreme Partei handle."

Wie durchsichtig ist das denn?

Die steuergeldfinanzierte NGO Amadeu-Antonio diskreditiert die Oppostion und der Verfassungsschutz, der dem Innenministerium unterstellt ist, eifert dann einfach nach.

Sowas ist auch nur in dieser, unserer Demokratie möglich.

Am Donnerstag forderten wir mit Antrag /21/2714 "Abwanderung der deutschen Industrie ins Ausland stoppen" in erster Lesung nicht nur die Deindustrialisierung zu stoppen, sondern auch die "Grüne Transformation" und das nationale wie europäische Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zu stoppen. Hierzu soll die Realisierung neuer Kernkraftwerke angegangen werden, zudem sei zu prüfen, ob die Wiederinbetriebnahme bestehender Kernkraftwerke dauerhaft zu ermöglichen sei und die Wiederinbetriebnahme der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 in Betracht gezogen werden.

Klingt doch vernünftig, oder nicht? Der Ausschuss Wirtschaft und Energie ist federführend.

Es folgten zwei namentliche Abstimmungen zu **Bundes-wehreinsätzen im Ausland**, zu denen die **AfD** beide Male **NEIN** sagte.

Da sich die **Kontokündigungen** für unsere AfD oder für Patrioten und Organisationen mit **patriotischer Gesinnung** in letzter Zeit wieder einmal häufen, forderten wir in erster Lesung "**Politisch motivierte Kontenkündigung durch Banken verbieten**" (21/2712).

Ein Oberpfälzer in Berlin

Federführend ist der Finanzausschuss.

Später folgte die 3. Lesung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung "für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026"

Es sollen **alle Stromkunden** mit 0,5 Ct. Pro KWh bei den **Netzentgelten "entlastet"** werden. Das entspricht einem Volumen von errechneten 6,5 Mrd. €.

Aber auch hier verhält es sich wie mit der **EEG-Umlage**.

Was vorher aus der linken Tasche kam, kommt nun aus der rechten, nämlich dem sog. Klima- und Transformationsfonds, oder anders ausgedrückt: aus Steuergeldern.

Und was nützen 0,05 Ct., wenn der absolute Preis trotzdem **ständig weitersteigt**? Die AfD enthielt sich in der namentlichen Abstimmung mit gutem Grund.

Damit sollen **Netzbetreiber** einen **Bundeszuschuss von rund 6,5 Mrd. €** erhalten, um den Strompreis zu senken. **Toll für den Stromkunden, bitter für den Steuerzahler.**

Die **Plenarsitzung** ging am Donnerstag noch bis in die **frühen Morgenstunden**, allerdings musste ich mich dieses Mal früher verabschieden, denn im Wahlkreis hatten wir einen kleinen Besucher-Tsunami beim Vortrag von Dr. Klaus Lang zum Thema:

Das Gesundheitswesen ist bankrott. (Meinen Bericht dazu findet ihr in dieser Ausgabe ab Seite 12).

Am Freitag brachte die Bundesregierung in erster

Lesung ihr **Aktivrentengesetz**, <u>21/2673</u> ein, das in Konkurrenz steht zu unserem Antrag "Steuerfreier Hinzuverdienst für Senioren – Neuen 12.000-Euro-Freibetrag zusätzlich zum bestehenden Grundfreibetrag einführen" (<u>21/1620</u>).

Gerrit Huy, AfD bemängelte die **steuerliche Ungleichbehandlung** von Jung und Alt, und dass die Koalition deutlich **über das Ziel hinausschieße**.

Der **AfD-Antrag** berücksichtig allerdings nicht nur Arbeit aus **nichtselbständiger** Arbeit, sondern auch aus **selbstständiger Arbeit** und aus **Gewerbebetrie**b sowie aus **Land- und Forstwirtschaft**.

Dieser Antrag ist im Zusammenhang mit Merz´, "großem Wurf" des noch in der Diskussion befindlichen Rentenpakets zu sehen, für das er sowohl von der SPD, als auch aus den eigenen Reihen, nämlich der Jungen Union mächtig Gegenwind bekommt.

Es wird kritisiert, dass er **zulasten der jungen Generation** seine Stammklientel beglückt, um überhaupt noch im Sattel zu bleiben.

Aber selbst wenn er jetzt **Steuererleichterungen** für die **golden Agers** beim Hinzuverdienst einbringt, können wir sicher damit rechnen, dass er sobald wie möglich das **Renteneintrittsalter hochsetzen** wird. Wetten?

Der Finanzausschuss berät.

Die letzte Woche im November ist dann die **Abschluss-debatte zum Haushalt 2026**, der uns natürlich auch wieder einen **neuen Schuldenberg** bescheren wird.



Mein Artikel, erschienen auf PI-News:

Die **Industrie** hat die Wahl-

Tod durch Überregulierung oder Kostenmaximierung

aut KfW Research verbringen Mittelständler im Durchschnitt rund sieben Prozent ihrer Arbeitszeit mit bürokratischen Prozessen, das entspricht etwa 32 Stunden pro Monat pro Unternehmen, summiert sind das ca. 61 Milliarden Euro pro Jahr für den Mittelstand komplett.

Eine Studie des ifo Instituts hat festgestellt, dass in manchen Fällen 22 Prozent ihrer Arbeitszeit für bürokratische Aufgaben aufgewendet würden, ja die

gesamte Wirtschaftsleistung würde sogar um unvorstellbare 146 Milliarden Euro pro Jahr durch Bürokratielasten reduziert.

Dabei steigen parallel die Beschäftigungsverhältnisse im Staatsdienst kontinuierlich an. Die IF berichtet, dass zum Stichtag 30. Juni 2024 fast 100.000 Personen mehr im öffentlichen Dienst tätig waren als im Vorjahr.

Boris Pistorius hat angekündigt, 10.000 neue militärische und 1000 neue zivile Planstellen für die Bundeswehr einzurichten. Die Personalkosten in den Ministerien sind über die PINEWS letzten zehn Jahre um rund 16 Milliarden Euro auf 45 Milliarden im » KRAFTWELLE« Jahr 2024 gestiegen. Meine Energie für

-KOLUMNE VON MANFRED SCHILLER Tod durch Überregulierung oder Kostenmaximierung





Vollmundig tönte der neue **Digital- und Staats-modernisierer Minister Wildberger** Anfang Oktober, er werde die **Bürokratiekosten** um 25 Prozent senken, wodurch jährlich **16 Milliarden Euro eingespart** werden sollten.

Es geht um Online-Kfz-Zulassungen und um Entlastungen bei Berichtspflichten und Klimaschutz. Wie aus einem Testportal des Verteidigungsministeriums hervorging, könnten 1500 Vorschriften fast komplett abgeschafft werden.

Wirtschaftsministerin Reiche hat am 3. November zusammen mit weiteren EU-Kollegen auf der Friends-of-Industry-Konferenz in Berlin eine Resolution an den Vizepräsidenten der EU-Kommission übergeben, in der sie für den Abbau der überbordenden Bürokratie plädiert.

Aber wie es scheint sind das alles nur leere Worte; der Herbst der Reformen bleibt bis jetzt aus, das Bürokratiewachstum geht auch 2026 munter weiter.

Der Wust und Sumpf kommt nämlich zuhauf aus Brüssel und legt sich wie Mehltau über die zusätzlich durch höchste Energiepreise, CO2-Bepreisung und sozialistisch gelenkte Planwirtschaft gegeißelten Aktivitäten des "German Mittelstand".

Die **EU-Kommission** plant für 2026 rund **60** neue Verordnungen und die Wiedervorlage von **160** alten, die noch in der Schwebe sind.

Es sollen Post- und Baudienstleistungen, Biotechnologie, Aktionärsrechte oder die Qualität der Arbeit reguliert werden, es gibt Vorschriften gegen verspätete Rechnungszahlungen, zur Wohlfahrt von Hund und Katz, für gesundes Kinderspielzeug und für den digitalen Euro. Die Entwaldungsverordnung bestraft Produzenten, wenn sie ihre Einnahmen durch gerodeten Wald erzielen, aber Windparks auf glattrasierten Waldflächen sind kein Problem. Der Müll der Industrie und der Haushalte soll um 30 Prozent reduziert werden, usw.

Hinzu kommen die großen Projekte unter dem neuen halbjährigen Ratsvorsitz von Zypern ab Januar 2026: die EU-Gesundheitsunion, die Spar- und Investitionsunion zur Kreditbesteuerung, der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention, was Abschiebungen faktisch verunmöglichen wird.

Ich will nicht nur Schwarzmalen. Aber alle Ansagen dieser Regierung auf einen längst überfälligen Befreiungsschlag sind nur leere Worthülsen. Die Schlinge um unseren Hals zieht sich immer mehr zu, denn der geld- und kontrollgierige Staatsapparat wird niemals satt werden. Das betrifft das Gewerbe, die Industrie und letztendlich jeden einzelnen von uns.







Vortrag von Dr. Klaus lang in <u>Wei</u>den:

Das Gesundheitswesen ist bankrott





Am Donnerstag hatten wir in Weiden einen besonderen Gast: Dr. med. Klaus Lang. In einem eindrucksvollen Vortrag hat er aufgezeigt, wie man aus dem aktuellen Krankenhaus-Chaos und der zunehmenden Gefährdung unserer Gesundheitsversorgung wieder herausfinden kann. Besonders eindringlich warnte er vor einer massiven Schließungswelle kleiner und mittlerer Krankenhäuser in den kommenden Jahren.

Dr. Lang verdeutlichte, dass die Ursachen dieser Entwicklung nicht erst seit kurzem bestehen, sondern auf eine verfehlte Gesundheitspolitik seit den Achtzigerjahren zurückgehen. Er legte überzeugend dar, woran es liegt, dass so viele Kliniken kurz vor der Pleite stehen – und welche Schritte notwendig wären, um die Versorgung dauerhaft zu sichern.



MEHR KUS

Die Veranstaltung war mit über 100 Leuten sehr gut besucht – ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig dieses Thema den Bürgern ist.

Danke an alle Besucher, die mit ihrer Präsenz deutlich gemacht haben: Die Bürger wollen endlich eine Politik, die Verantwortung übernimmt, Missstände benennt und nicht weiter wegschaut.

Ein besonderer Dank geht an Dr. med. Klaus Lang für seinen Besuch und seinen klaren, aufschlussreichen Vortrag. Seine Analyse und sein Engagement haben diesen Abend wesentlich bereichert.







Wusstet ihr schon, dass...? Folge 21

Wusstet ihr schon, dass die bisherigen "Ukraine-Hilfen" über 5 Jahre jährlich rund 8,5 Mrd. € betragen sollten (2025-2029), dieser Betrag jedoch im neuen Haushaltsentwurf 2026, der in der kommenden Sitzungswoche Ende November abschließend beraten wird, um rund 3 Mrd. auf 11,5 Mrd. € angewachsen ist?

Damit summiert sich die deutsche Hilfe für das Land
– nach offiziellen Angaben – auf insgesamt
79 Mrd. €:

36 für zivile und 43 Mrd. € für militärische Zwecke. Die Ukraine würde das zusätzliche Geld für Artillerie, Drohnen und gepanzerte Fahrzeuge sowie zweier Patriot-Flugabwehrraketensysteme benötigen.

Schaut man sich das an, befindet sich Deutschland mitten im Krieg gegen Russland - oder wie seht ihr das?

Währenddessen sagte Kanzler Merz auf der Klimakonferenz in Brasilien dem Sozialist und brasilianischen Präsident Lula da Silva einen einstelligen Milliardenbetrag für einen dubiosen Klimafonds aus "Germoney" zu.



Weiden, wir sind für euch da!

Am Samstag, den 15. November 2025 waren wir von 10 bis 13 Uhr am AfD-Infostand in Weiden, Oberer Markt. Dort hattet ihr die Möglichkeit, mit uns Stadtratskandidaten in Kontakt zu kommen und uns persönlich kennenzulernen!

Wir hören zu, sprechen Klartext und nehmen eure Anliegen ernst. Sagt uns, was sich in Weiden ändern muss - weitere Termine werden folgen.

Kommt vorbei, informiert euch aus erster Hand und bildet euch euer eigenes Urteil.

Denn Politik beginnt nicht in Berlin – sondern hier, bei uns in Weiden.



Infomobiltour der Landesgruppe Bayern der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Liebe Freunde,

die Landesgruppe Bayern der AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages ist demnächst mit dem Infomobil auf Tour - eine ideale Möglichkeit für euch, mit euren Bundestagsabgeordneten in Kontakt zu treten und mehr über unsere Arbeit im Parlament und im Wahlkreis zu erfahren.

Am Mittwoch, den 19. November sind meine Kollegin Carina Schießl und ich für euch von 12 bis 14 Uhr vor Ort:

INFOMOBILTOUR
der Landesgruppe Bayern

19.11.25 | 12.00 Uhr
Am Stadtplatz
92660 Neustadt
a.d. Waldnaab

Mit

Manfred Schiller MdB

Carina Schießl MdB

Kommen Sie vorbei!
Eine Ammeldung ist nicht erforderlich.

Am Stadtplatz in Neustadt a.d. Waldnaab

Kommt vorbei, stellt uns Fragen, diskutiert mit uns - wir freuen uns auf regen Austausch! Euer Manfred Schiller



Stammtisch

Jeden **Donnerstag** (außer feiertags) findet unser Stammtisch in **Weiden** statt.
Unsere Abgeordneten berichten aus dem Landtag oder Bundestag, im Anschluß gibt es spannende **Diskussionen**.

Der Stammtisch ist völlig unverbindlich und für jeden offen, ihr müsst kein Parteimitglied sein! Kommt vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!

Wir sehen uns!



Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »**Zwei Bayern in Berlin**«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB









www.manfred-schiller.de



manfred.schiller@bundestag.de



@manfred.schiller.afd



@manfred.schiller.afd



@manfredafd



@manfredschillerafd



@manfred.schiller.afd



@manfredschillermdb